

## **Bericht zum Seminar der EBCA 05-November-2011 „**

**"Soziale Sicherheit in einem Europa in Bewegung – neue Perspektiven für eine soziale und gerechte Gesellschaft“ (London 27 - 30. Oktober 2011)**

Ein zentrales Element dieses Seminars bestand darin, die derzeitige Situation der Sozialsysteme in Europa zu vergleichen. Erst nach einer Bestandsaufnahme der Herausforderungen und Bedrohungen für die unterschiedlichen Sozialsysteme in den europäischen Staaten können neue Perspektiven für ein soziales Sicherungssystem entwickelt werden, das Basis einer gerechteren und sozialeren Gesellschaft ist.

In allen europäischen Staaten wird momentan eine restriktive Sozialpolitik betrieben. Kürzungen in den Sozialversicherungsetats, die einen wesentlichen Anteil der nationalen Budgets umfassen, werden in fast allen Ländern der EU vorgenommen. Aber, kann eine blühende Ökonomie auf einem "sozialen Friedhof" aufgebaut werden? Anstatt eine Kürzungspolitik mit verheerenden sozialen Folgen durchzuführen, muss vielmehr die Frage beantwortet werden:

Wie kann unser Sozialversicherungssystem die derzeitigen und künftigen Herausforderungen meistern?

61 Seminar-Teilnehmer aus 13 europäischen Ländern waren in London vertreten: Deutschland, Belgien, Spanien, die Schweiz, Frankreich, Portugal, Italien, Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien, Großbritannien Polen und Luxemburg. Die Seminar-Teilnehmer kamen aus Bewegungen, die Mitglied der EBCA (Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer) oder von Arbeitnehmer-Organisationen (Gewerkschaften, Institute für soziale Studien) waren, dies traf besonders auf die osteuropäischen Teilnehmer zu .

Um die derzeitige Situation der Sozialversicherungssysteme in Europa zu analysieren, wurde das Seminar folgendermaßen durchgeführt:

- Zuerst haben die Teilnehmer eine theoretische Grundlage für die Ursachen der aktuellen Finanzkrise erhalten. Graham Turner (englischer Wirtschaftsexperte und Buchautor über die Ursachen der Finanzkrise), stellte den Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts her. Die derzeitige Lösung, den Banken gewaltige Geldbeträge für die Krisenbewältigung zuzuschieben, kann demnach nur in eine Sackgasse münden. Ursächliches Problem der derzeitigen Krise ist der starke Wettbewerb zwischen den Unternehmen. Die Krise der Banken ist daher nur ein Symptom. Um Produkte zu niedrigsten Preisen anbieten zu können verlagern die Unternehmen ihre Produktion in Billiglohn-Länder. Dieser Transfer verursacht Arbeitslosigkeit, erhöht somit die Sozialausgaben, da die Arbeitslosigkeit wächst. Besonders die Einfuhr von chinesischen Produkten in die Vereinigten Staaten und in die Länder der Eurozone sowie die Handelsüberschuss e Chinas sind Hauptursache für die weltweite wirtschaftliche Schieflage. Diese Erkenntnis lässt nur eine Strategie zu : Proteste gegen die Verlagerung von Unternehmen, Aufrechterhalten einer starken industrielle Basis, Veröffentlichung der Namen von Unternehmen, die keine Steuern zahlen und Arbeitsplätze vernichten.

Danach haben die Teilnehmer Informationen über die derzeitige Situation der Sozialsysteme in den verschiedenen Ländern Europas erhalten, dies galt insbesondere für die Lage der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und von eingegrenzten Bevölkerungsschichten.

- → Fatima Almeida (LOC- Portugal), hat für Portugal über die Lage der Rentner berichtet
  - Wilfried Wiene (KAB Deutschland), hat über prekäre Arbeit und über die Situation der "working poor" in Deutschland gesprochen.
  - Marietje Van Wolputte (KAV Belgien), hat gezeigt, dass die oft prekäre Lage der Frauen im Arbeitsmarkt nachteilige Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung der Frauen hat.
  - Manolo Copé (HOAC Spanien), informierte über die Wanderarbeiter in Spanien.
  - Marian Hósek (ehemaliger stellv. Minister im Ministerium für soziale Angelegenheiten in der Tschechischen Republik), stellte den Vergleich zwischen dem Sozialversicherungssystem unter dem ehemaligen sozialistischen Regime und der derzeitigen Regierung her.
- (Berichte befinden sich im Anhang).

Während eines Besuches im englischen Parlament hatten die Teilnehmer Gelegenheit, in drei verschiedenen Gesprächskreisen die gesellschaftliche Stellung der Arbeitnehmer in Großbritannien besser kennenzulernen. Die konservative und neoliberale Politik hat die Lage für die Verletzbarsten und Schwächsten in der britischen Gesellschaft weiter verschlechtert.

- Rachael Maskell (von der Gewerkschaft UNITE), hat die Auswirkungen eines neuen Gesetzes (noch nicht noch verabschiedet) für das Gesundheitswesen vorgestellt.
- Ross Houston (stellvertretender Direktor einer Wohnungsgenossenschaft), hat das System des sozialen Wohnungsbaus in England vorgestellt.
- Dave Anderson (Mitglied des Stadtparlamentes in London), berichtete über die politischen Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Politik..

Nach den Berichten und der Konfrontation mit den Realitäten im Gastgeber-Land, machte Emanuel Vaz auf Grundlage der christlichen Soziallehre seine Ausführung. Diese soziale Kirchenlehre stellt das Fundament, stellt grundlegende Werte in den Mittelpunkt, auf denen eine Gesellschaft, die die Würde des Menschen respektiert, aufgebaut sein muss.

(Ausführung von Emanuel Vaz, Geistlicher Begleiter der EBCA im Anhang).

In vier Arbeitsgruppen haben sich dann die Teilnehmer mit den folgenden Fragen befasst:

- 1) Wo sind die Schwachpunkte im Sozialversicherungssystem Ihres Landes? Welche Gruppen sind betroffen und in welchen Bereichen?
- 2) Auf welche soziale Bedürfnisse hat Ihr Sozialversicherungssystem keine Antworten?
- 3) Wie wird das Sozialversicherungssystem finanziert: durch Lohnsteuer, allgemeine Steuern oder private Initiativen?
- 4) Positioniert sich die Kirche Ihres Landes für den Schutz des Sozialversicherungssystems?
- 5) Welche neue Anregungen und Initiativen für den Schutz des Sozialversicherungssystems gibt es in Ihrem Land?

Über die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen wurde in der Vollversammlung berichtet. In der folgenden Diskussion wurden einige Schlussfolgerungen für unserer Arbeit und für das Seminars formuliert.

## **Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und aus der Diskussion in der Vollversammlung -**

Festgestellt wurde, dass das soziale Sicherungsnetz überall attackiert wird. Die verletzlichsten sind: die Frauen, die Jugendlichen und die Rentner. Die Menschen, die gezwungen sind von der Sozialversicherung zu leben, werden immer mehr in Schuldgefühle verstrickt: sie werden als Betrüger des Sozialsystems dargestellt...

- In allen Ländern stellten die Arbeitsgruppen einen Anstieg der Zusatz-Versicherungen fest (besonders im Renten- und Gesundheitssystem). Dies macht den wachsenden Grad der Privatisierungen in den Ländern Westeuropas, aber auch Mittel- und Osteuropas, deutlich.
- In fast allen Ländern wird über das Renteneintrittsalter diskutiert (d.h. in welchem Alter kann Rente bezogen werden und die Anzahl der Beitragsjahre).

- Die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme geschieht einerseits über Beiträge der Arbeitnehmer und andererseits über Steuern. Unstrittig ist, dass durch Steuern finanziert werden muss. Hier genannt wurden folgende: Energie-, Transport-, und Umweltsteuern sowie Steuern auf große Vermögen und die Transaktionssteuer (gleich der früheren Tobin-Steuer).

- In ganz Europa gibt es zur Zeit massive Demonstrationen. Die "Indignados" (Empörten) sind die bekanntesten, aber auch in London gibt es eine Demonstration (Occupy Wall Street) an der Saint Paul-Kathedrale. Immer mehr Menschen lehnen sich auf. Sie verstehen nicht, dass das Verhalten der Banken und das Bonuswesen in den Unternehmen hingenommen wird. Sie akzeptieren nicht, dass die Jugend keine Zukunft mehr hat, und dass viele ältere Menschen nach einem langen Berufsleben in Armut leben müssen.

Diese Demonstrationen sind Gesten der Solidarität. Sie zwingen, über die Ursachen der Krise nachzudenken. Selbst wenn diese Demonstrationen nicht wie üblich organisiert sind, müssen die Gewerkschaften und die politischen Parteien diese Protestbewegungen unterstützen.

In den osteuropäischen Ländern (besonders in Rumänien), bilden sich Nichtregierungsorganisationen als Ansprechpartner für die Regierung. Diese Plattform für den einzelnen Bürgern und den politischen Behörden ist von sehr großer Bedeutung, damit ein wirksames und demokratisches Sozialsystem aufgebaut werden kann. Dieses gilt es zu unterstützen und weiter zu fördern. Das kann auch eine Aufgabe für die EBCA werden (durch Teilhabe an unsere Traditionen, mit Verbänden zu arbeiten usw.)

Festgestellt wurde ein großer Unterschied in den Sozialversicherungssystemen der europäischen Staaten. Eine Harmonisierung der Systeme in einem vereinten Europa ist dringend notwendig. Aber es gibt keine Ideen für diese Harmonisierung. Es müssen Alternativen her, z. B. auf dem Feld der Alterssicherung.

- Die Sozialversicherungssysteme werden attackiert, es gilt, sie zu verteidigen. Aber es muss auch eingestanden werden, dass die bestehenden Systeme an die Realitäten, wie die Vereinbarkeit der Familie mit dem Berufsleben für die unterschiedlichen Familientypen, wie für Gruppen, die nicht im Sozialsystem erfasst werden, angepasst werden. Aber vor allem müssen die Kräfte gebündelt werden für das Streben nach einem einheitlichen Sozialsystem.

- Was die Position der Kirche betrifft, muss gesagt werden, dass die Bischöfe keine klare Position zur aktuellen Krise bezogen haben, ja dass sie sogar manchmal dem Sozialsystem Schaden zufügten. Aber die Kirche sind wir!. Es ist an uns als christliche und soziale Organisationen, der offiziellen Kirche die Probleme der Arbeitnehmer, die unter der Krise leiden, nahezubringen. Wir sind ihre Sprecher.

Zwar äußert sich die Deutsche Bischofskonferenz zu den sozialen Fragen (aber die Verantwortlichen müssen Druck bekommen, es tatsächlich umzusetzen!).

Es gibt die Tradition in Deutschland, dass die Konferenz die Basis befragt. Dies wäre auch ein gutes Beispiel für die anderen Staaten Europas.

Überwiegend ist der Anspruch auf soziale Sicherung mit Beschäftigung gekoppelt. Hier müssen Finanzierungsformen außerhalb dieser Konstruktion gefunden werden, z. B. durch ein Einkommen auf Grundlage des bedingungslosen Grundeinkommens, ein Recht, das nicht mit Beschäftigung gekoppelt ist.

#### Allgemeine Schlussfolgerungen -

Dieses Seminar war ein erster Schritt über die Probleme, die Herausforderungen und die Perspektiven für die sozialen Sicherungssysteme in Europa nachzudenken. Die Sozialsysteme werden attackiert, es gibt viele Probleme und Herausforderungen, und es gibt Alternativen. In einem zweiten Schritt (in einem Folge-Seminar), wird es notwendig sein, diese Alternativen für ein Sozialversicherungssystem der Zukunft aufzuzeigen (Harmonisierung der Systeme, Grundeinkommen, andere Finanzierungsformen...)

In der Zwischenzeit haben die Bewegungen der EBCA die Aufgabe, ihre Mitglieder in diesen Fragen zu schulen (die Ursachen der Krise zu erläutern, die Lügen zu demaskieren, die auf den Sozialversicherungssystemen lasten). Die einzelnen Bewegungen müssen auch Debatten mit anderen Organisationen führen (Gewerkschaften, Verbände, politische Parteien, Kirchen), damit der Kampf für den Schutz unseres sozialen Sicherungssystems gewonnen wird.

#### Kontakt:

Marc Michiels  
Koordinator EBCA  
Marc.michiels@kwb.be  
Tel.: 0032 476 96 20 87